

**Erinnerung – Versöhnung – Normalität?
Zur Zukunft der polnisch-deutschen Beziehungen**

S.E. Dr. Jerzy Margański, Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland

Vortrag

am Sonntag, 30 August 2015

auf dem Sommerfest der Evangelischen Akademie zu Berlin

in der Evangelischen Bildungsstätte auf Schwanenwerder

Sehr geehrter Herr Dr. Sachau,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich ganz herzlich für Ihre Einladung bedanken. Für einen polnischen Katholiken und dazu noch Diplomaten seines Landes auf dem Sommerfest der Evangelischen Akademie zu sprechen, ist eine Auszeichnung, die ich sehr zu würdigen weiß. Ihre Einladung hat mich um so mehr gefreut, als sich in diesem Jahr der Beginn der deutsch-polnischen Aussöhnung zum 50. Mal jährt, der nicht nur den Anfang der Annäherung zwischen unseren Völkern und Staaten nach dem Schrecken des Zweiten Weltkrieges markierte, sondern auch für das ganze damalige, durch den Ost-West-Konflikt geteilte Europa eine Perspektive der Entspannung eröffnete. In diesem Versöhnungsprozess zwischen Polen und Deutschland haben die Kirchen, die evangelische in Deutschland und die katholische in Polen, eine Schlüsselrolle gespielt. Sie schwammen oft gegen den Strom der öffentlichen Meinung, sprachen unpopuläre Wahrheiten aus und zeigten neue Perspektiven, die der Politik verschlossen waren; doch Sie bahnten damit Wege zum Dialog an, die Polen und Deutschland, die Europa damals brauchte. Ich freue mich daher sehr, dass ich heute, 50 Jahre danach, hier vor Ihnen sprechen darf.

Anfang der sechziger Jahre war Europa einer der wichtigsten Schauplätze der Ost-West-Konfrontation, die sich damals immer mehr zuspitzte. Verhärtete Fronten, die Ausweglosigkeit des Konflikts und nicht zuletzt der Bau der Berliner Mauer, die zum Symbol der Teilung Europas wurde, bewegten aber unterschiedliche Kreise in den führenden Ländern des Westens dazu, nach Wegen zu suchen, um diesen in Wirklichkeit unlösbaren Konflikt zu entschärfen und das Risiko eines atomaren Krieges, das die Welt überschattete, zu minimieren. Es ging um eine Neugestaltung des Verhältnisses zur Sowjetunion. In Deutschland, in einem geteilten Land, dessen östlicher Teil von der Sowjetunion kontrolliert wurde, hatte die Debatte darüber eine viel tiefere Dimension als in anderen Staaten des Westens. Sie verlangte eine Neubewertung der Folgen des Krieges, der die Teilung, den Verlust der Ostgebiete und die Vertreibung der Deutschen mit sich gebracht hatte. Sie verlangte eine Auseinandersetzung nicht nur mit der Gegenwart, sondern auch mit der eigenen, noch nicht so lange zurückliegenden bösen Geschichte.

Es waren evangelische intellektuelle Kreise, die diese Debatte Anfang der sechziger Jahre begannen und sie mutig und entschlossen führten. In ihrem Mittelpunkt stand von Anfang an das Verhältnis zu Polen und die Frage der Anerkennung der polnischen Westgrenze, die damals als Oder-Neiße-Linie bezeichnet wurde.

Die Autoren des im Jahre 1961 erschienenen Tübinger Memorandums, zu denen namhafte Wissenschaftler und Vertreter der evangelischen Laien, wie Werner Heisenberg, Helmut Becker und Klaus von Bismarck gehörten, erklärten präzise, welche Bedeutung eine Öffnung gegenüber den „östlichen Nachbarn“, insbesondere Polen, für Deutschland hat. „Ohne sie“ lesen wir im Memorandum, „ist eine dauerhafte Lösung der Grundprobleme der deutschen Politik nicht

denkbar. Die Neuordnung der internationalen Politik, die im Gange ist, enthält Chancen für sie.“ Im weiteren Verlauf des Textes setzen sich die Unterzeichner des Memorandums, dessen spiritus rector kein geringerer als Carl Friedrich von Weizsäcker war, für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ein. Auffallend, auch aus heutiger Perspektive, ist die Begründung, die die Autoren des Memorandums dafür vorbrachten. Sie schlossen sich mit ihrem Vorstoß „jenen Sachverständigen an, die glauben, dass die öffentliche Anerkennung dieser Grenze (...) unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen würde, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.“

Das ist ein mächtiger Satz, der sehr präzise die tieferen, oft außer Acht gelassenen Ursprünge der Idee der deutsch-polnischen Verständigung wiedergibt, die ja während des Kalten Krieges entstand und praktiziert wurde. Die Anerkennung der polnischen Westgrenze und die Verständigung mit Polen sollte nämlich nicht nur helfen, die Gräben, die der Krieg zwischen Deutschland und Polen hinterlassen hatte, zuschütten, sondern sie sollte auch die Stärkung der Eigenständigkeit Polens gegenüber der Sowjetunion mit sich bringen. Das Tübinger Memorandum misst somit den Beziehungen mit Polen eine besondere Bedeutung bei, sowohl in Bezug auf das Verhältnis zu den westlichen Verbündeten als auch in Bezug auf die Sowjetunion. Sie sollten ein wichtiger Bestandteil der neuen, von den Autoren des Memorandums geforderten Außenpolitik Deutschlands werden.

Die Grundgedanken des Tübinger Memorandums erkennen wir wieder in der Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, die vier Jahre später erschien. Dieses kirchliche Dokument befasst sich zwar weniger mit den außenpolitischen Argumenten, ist aber, ganz im Sinne des Memorandums, ein langes, lautes Plädoyer für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und für die Versöhnung mit Polen. „Solange dieser Zustand einer noch ausstehenden Versöhnung besteht“, lesen wir in der Denkschrift, „bildet er einen Herd der Unruhe, weil ohne Lösung der deutschen Frage alle Bemühungen um eine politische Entspannung in Mitteleuropa und um eine neue tragfähige Friedensordnung zwischen den Völkern erfolglos bleiben müssen.“

Die Denkschrift sieht die Ursache des Verlustes der Ostgebiete in der Politik des Dritten Reiches und in dem von ihm angefangenen Krieg, der in Polen grausame Wunden hinterließ und schließlich zur Westverschiebung des Landes führte, das im Osten fast die Hälfte seines Territoriums verlor. Und sie appelliert an die deutsche Politik, die Bevölkerung auf die „notwendigen Schritte“ vorzubereiten, die zu einer Aussöhnung mit Polen führen werden. Zwar ist die Denkschrift, wie die Autoren unterstreichen, kein politisches Dokument, doch auch sie betont die politische Bedeutung der Verständigung mit Polen für die deutsche Außenpolitik. „Solche Vorbereitung“, lesen wir in der Denkschrift, „ist auch darum unabweisbar geworden, weil die weltpolitische Situation sich gegenüber den 50-er Jahren deutlich verändert hat. Während sich damals in Ost und West zwei ideologisch bestimmte Machtblöcke gegenüberstanden, die ein selbständiges Handeln einer deutschen Regierung nahezu ausschlossen, sind heute die Fronten in Bewegung geraten. In dieser Lage erwarten auch die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland von dieser einen Beitrag zur Entspannung, der nur möglich ist, wenn die Regierung damit rechnen kann, im deutschen Volk Verständnis und Zustimmung zu einem Schritt im Geiste der Versöhnung gegenüber unseren östlichen Nachbarvölkern zu finden.“

Die Idee der deutsch-polnischen Versöhnung wird zwar in der Ostdenkschrift, wie im Tübinger Memorandum, moralisch begründet, aber sie wird durchaus als eine politische verstanden. Die Anerkennung der polnischen Westgrenze und die Versöhnung mit Polen soll ein wichtiger Baustein der „neuen“, „aktiven“, wie es in der Denkschrift heißt, Außenpolitik der Bundesrepublik

werden. Sie sollte einen eigenen Beitrag zur Entspannung mit der Sowjetunion leisten, aber gleichzeitig das Vertrauen der westlichen Verbündeten und Polens gewinnen, ohne Befürchtungen vor einem deutschen Sonderweg zu wecken. Polen sollte dabei, ohne Rücksicht auf die Absichten des Kreml, von Deutschland ein Sicherheitsgefühl in Bezug auf seine Westgrenze und die Ausrichtung der deutschen Polenpolitik erhalten.

Die Bedeutung der „Polenfrage“ für die deutsche Außenpolitik war dem späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der sowohl am außenpolitischen Teil des Tübinger Memorandums mitgearbeitet hatte, als auch zu den Autoren und leidenschaftlichen Befürwortern der Ostdenkschrift gehörte, von Anfang an bewusst. Er pflegte zu sagen, er sei „wegen Polen“ in die Politik gegangen. Wie er erzählte, bewegten ihn dazu seine Kriegserlebnisse. Er hatte selbst eine Zeitlang in Polen gekämpft und dort auch schon am zweiten Kriegstag seinen Bruder verloren. Er war am 16. September 1939 als Soldat des 9. Infanterie Regimentes im Nordosten Polens, in Białystok, als aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes die Wehrmacht die Stadt der Roten Armee übergab. Er war in derselben Stadt auch später, im Juni 1941, als der deutsch-sowjetische Krieg begann und Białystok wieder von der Wehrmacht eingenommen wurde. Diese Erlebnisse müssen Richard von Weizsäcker tief geprägt haben. Vom Hitler-Stalin-Pakt als Auslöser des Zweiten Weltkrieges sprach er auch Jahre später, am 8. Mai 1985 in seiner berühmten Rede vor dem Deutschen Bundestag. Er maß Polen einen besonderen Stellenwert in der deutschen Politik bei und war jahrzehntelang ein großer Verfechter der Verständigung mit Polen und eine der herausragendsten Persönlichkeiten des deutsch-polnischen Dialogs.

Die Ostdenkschrift wurde, wie von Weizsäcker selbst sagte, zum Meilenstein auf dem Wege zu einer neuen Ostpolitik der Bundesrepublik, die sich in einer schwierigen, kontroversen Debatte der nachfolgenden Jahren herauskristallisierte und schließlich im Jahre 1970 zu den Ostverträgen und zur Anerkennung der polnischen Westgrenze führte. Aber die Denkschrift war nicht das einzige Kirchendokument, das im Jahre 1965 erschien und sich eine Versöhnung zwischen Deutschland und Polen zum Ziel setzte. Im November desselben Jahres richteten die polnischen Bischöfe einen Brief an ihre deutschen Amtsbrüder mit dem berühmten Satz: „wir vergeben und bitten um Vergebung“. Ähnlich wie die Ostdenkschrift hatte auch dieses Dokument einen tieferen politischen Hintergrund. Der Brief wurde nämlich im Zusammenhang mit der Millenniumsfeier der polnischen Taufe verfasst, die im Jahre 1966 stattfinden sollte. Da die Taufe als Gründungsakt des polnischen Staates gilt, sollte das Jubiläum auch von der kommunistischen Regierung offiziell gefeiert werden. Man wollte die Feierlichkeiten zum Anlass nehmen, um den Widerstand gegen den, wie es in der kommunistischen Propaganda hieß, „deutschen Revanchismus“ zu bekräftigen. Im Mittelpunkt sollte das Gedenken an die siegreiche Schlacht bei Grunwald/Tannenberg im Jahre 1410 stehen, in der der Deutsche Orden eine Niederlage erlitten hatte. Das entsprach durchaus der Linie des Kreml, für den ein deutsch-polnischer Konflikt, dem die jüngste Geschichte und die offene Grenzfrage genügend Nährboden lieferte, ein Mittel war, um Polen als einen treuen Verbündeten im Ostblock zu halten. Er sollte ein wichtiger Anker der „Ostbindung“ Polens bleiben. Aber die Absicht, die Millenniumsfeier mit einem starken antideutschen Akzent zu versetzen, spiegelte durchaus auch die Einstellung eines Großteils der Bevölkerung wieder, die noch die Gräueltaten des damals ja erst 20 Jahre zurückliegenden Krieges in frischer Erinnerung hatte und in dem Bewusstsein lebte, dass die Grenze zwischen Polen und Deutschland nicht sicher sei.

Die Bischöfe widersetzten sich nicht nur den Absichten der Regierung bezüglich der Gestaltung der Millenniumsfeier, sondern stellten in ihrem Brief ganz bewusst die „Ostbindung“ Polens in Frage. Sie verwiesen auf die tausendjährige Zugehörigkeit Polens zum westlichen Christentum und zur westlichen Wertegemeinschaft, und sie betonten die engen Verbindungen des Landes

mit dem Westen, von denen die Beziehungen zu Deutschland ein Teil waren. Und schließlich luden sie, was wie eine Provokation klang, die „deutschen Brüder“, wie es im Brief heißt, zu den Millenniumsfeierlichkeiten ein.

Der Brief war, ähnlich wie die Ostdenkschrift der EKD, nicht nur moralisch motiviert, sondern er enthielt auch eine klare politische Botschaft: In einer Annäherung an die deutsche Kirche sah man einen Schritt zur Bekräftigung oder gar Fortsetzung der durch den Kommunismus unterbrochenen Westorientierung Polens. Er richtete sich nicht nur gegen die von der kommunistischen Propaganda verbreitete These vom „Tausendjährigen Ringen“ mit Deutschland, sondern stellte ihre Vision der geopolitischen Zugehörigkeit Polens in Frage.

Kein Wunder, dass der Brief eine wütende Reaktion der staatlichen Propaganda und der höchsten Parteivertreter hervorrief, die die Bischöfe des Verrats an der polnischen Staatsraison und einer krassen Verletzung elementarer moralischer Maßstäbe bezichtigten. Der Publizist Adam Krzemiński meinte dazu: „diese Reaktion entsprach in hohem Maße der Befürchtung, die Kirche könne dem Regime die deutsche Karte aus der Hand nehmen, aber auch dem Gefühl, dass man gerade in der ‚deutschen Frage‘ die Mehrheit der Polen gegen den Primas aufstacheln könnte.“ Die Kirche musste in der Tat um das Verständnis für ihren Schritt ringen. Nicht ohne Erfolge – während der Millenniumsfeier in Tschenstochau skandierten Hunderttausende auf Geheiß der Bischöfe: „Wir vergeben ...“.

Die Antwort der deutschen Bischöfe auf den polnischen Brief, die erst einige Monate später kam, war jedoch mehr als verhalten. Mehr Verständnis als bei den deutschen Katholiken erweckte er bei den Protestanten und bei der deutschen Sozialdemokratie, die bald die Regierungsverantwortung im Lande übernehmen sollte. Offenbar war die Zeit für eine Aussöhnung noch nicht für alle reif genug. Das enttäuschte den damaligen polnischen Primas, Kardinal Wyszyński, der gesagt haben soll: „Wir haben alles bekommen, was wir wollten, aber nicht von den Deutschen, von denen wir das wollten“. Nichtsdestotrotz markierten die Ostdenkschrift und der Brief den Beginn einer Zeitenwende in den Beziehungen zwischen beiden Nachbarn. Es wurden erste Kontakte zwischen den kirchennahen intellektuellen Kreisen geknüpft, und es fanden erste Gesprächsrunden statt. Man entdeckte eine gemeinsame Gesprächsbasis und ein gemeinsames Ziel, es begann ein Dialog, der vorher nicht oder kaum hätte stattfinden können.

Fünf Jahre später wurde 1970 in Warschau der deutsch-polnische Vertrag unterzeichnet, in dem die „Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze“ anerkannt wurde. Mit dem Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal der Helden des Warschauer Gettos wurde dem neuen Kapitel in den polnisch-deutschen Beziehungen ein Symbol gesetzt, das von den kirchlichen Kreisen nicht weniger als von den Kommunisten geschätzt wurde, für die die Anerkennung der polnischen Westgrenze durch den zweiten deutschen Staat im Zusammenhang mit der Neuentwicklung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau ebenfalls an Bedeutung gewann. Der Warschauer Vertrag und die Entspannungspolitik eröffneten neue Wege für zwischenstaatliche Beziehungen und gesellschaftliche Kontakte, aber eine Versöhnung, wie sie den Verfassern der Ostdenkschrift und des Briefes der polnischen Bischöfe vorschwebte, kann nur zwischen freien Völkern Wurzeln schlagen und breitere Kreise der Gesellschaft erreichen. Das konnte zwischen Polen und Deutschland erst nach dem Ende des autoritären Sozialismus und nach der Wiedererlangung der vollen Souveränität durch Polen geschehen. Dann erst, 1990, wurde die polnisch-deutsche Grenze auch völkerrechtlich endgültig bestätigt.

Der Weg zur deutsch-polnischen Versöhnung war lang und steinig. Auf diesem Weg gab es Fortschritte und Rückschläge. Es gab Kontroversen über die gemeinsame, schwierige Geschichte, unterschiedliche Wirtschaftsinteressen und über politische Fragen, aber mit der Zeit wurde sie zu einem festen Bestandteil der deutsch-polnischen Beziehungen, zu einem Wert, der nicht nur uns wichtig ist, sondern auch der europäischen Einigung zugute gekommen ist. Dass sie Realität wurde, bezeichnete der erste Premierminister des neuen Polens, Tadeusz Mazowiecki, als ein Wunder - und er wusste, wovon er sprach, denn er war einer dieser wenigen, die in den Sechzigerjahren den Dialog mit den Deutschen eingeleitet hatten.

Aber nicht nur die Versöhnung, sondern auch die andere, die politische Botschaft der kirchlichen Dokumente von vor 50 Jahren ist in Erfüllung gegangen. Die Aufnahme Polens in die NATO und in die Europäische Union besiegelte nicht nur die neue polnische Souveränität, sondern führte das Land und das Volk wieder zurück in die westliche Hemisphäre, dorthin also, wo sie, wie die polnischen Bischöfe in ihrem Brief dokumentierten, seit Jahrhunderten hingehörten. Damit gehören auch Deutschland und Polen wieder gemeinsam dem westlichen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Raum an.

Die Europäische Union öffnete die beiden Länder und Völker füreinander und schuf den Rahmen für eine neue deutsch-polnische Nachbarschaft. In dieser Nachbarschaft erleben wir tagtäglich, wie sehr wir Europa brauchen und welche große Bedeutung Europa aus historischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen für das deutsch-polnische Verhältnis hat.

Dieses Europa, das uns verbindet, erlebt heute schwierige Zeiten und ist gleichzeitig mit mehreren Krisen konfrontiert, die neue, schwer zu bewältigende Risiken für seinen Zusammenhalt bergen. Die Finanzkrise erschütterte die Grundlagen der Währungsunion und stellte den Glauben daran in Frage, dass die Europäische Union eine Wohlstandsperspektive für alle und für immer bleiben kann. Die Aggression Russlands gegen die Ukraine verletzte die Grundprinzipien des Völkerrechts und der europäischen Sicherheitsordnung, die nach dem letzten Krieg aufgebaut wurde, und weckt in den östlichen EU-Ländern wieder alte Sorgen um die eigene Sicherheit, von denen wir glaubten, sie gehörten längst der Vergangenheit an. Und schließlich lässt das Drama der Masseneinwanderung, die Europa erreicht und es vor eine bisher kaum dagewesene moralische und politische Herausforderung stellt, vielerorts Zweifel aufkommen, ob Europa imstande sein wird, das liberale, offene Modell, das der europäischen Einigung zugrunde lag und die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften bestimmte, auf Dauer beizubehalten.

Es wurde bereits viel und mit viel Erfolg dafür getan, Europa mehr finanzielle Stabilität und mehr Sicherheit zu geben. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind bemüht, Wege zu finden, die es ermöglichen, auch das Flüchtlingsdrama zu bewältigen und eine Politik zu etablieren, die einerseits das Recht auf Asyl nicht aufgibt, andererseits aber die Aufnahmefähigkeit einzelner Länder nicht aus den Augen verliert. Es ist eine sehr schwierige Debatte, aber sie muss geführt werden und muss zu einer Lösung führen.

Die Krisen der letzten Jahre hinterlassen aber ihre tiefen Spuren in Europa. Sie versetzen die Menschen in Unsicherheit, lassen in der europäischen Einheit beunruhigende Risse entstehen und verstärken antieuropäische Tendenzen. Es gibt kaum ein Land mehr in Europa, das von diesem Bazillus frei wäre.

Meine Damen und Herren, vor fünfzig Jahren haben die Kirchen das Wort in einer Frage ergriffen, die damals nicht nur für die Polen und für die Deutschen, sondern für Europa von grundsätzlicher Bedeutung war. Mit Mut und Entschlossenheit halfen sie den Menschen auf

beiden Seiten, die Welt, in der sie lebten, besser zu verstehen und zeigten den Weg, der schließlich sowohl Deutschland als auch Polen, obwohl jedes auf eine andere Weise, nach Europa führte. Es wäre sehr wünschenswert, wenn Europa, erlauben Sie mir diese Bemerkung noch, auch heute ein Thema dieser deutsch-polnischen Begegnung der Kirchen bliebe. Das brauchen wir heute nicht weniger als damals, vor 50 Jahren. Es wäre mehr als verständlich, wenn gerade die deutschen und polnischen Kirchen im Jahre des 50. Jubiläums der Ostdenkschrift und des Briefwechsels der katholischen Bischöfe in einigen schwierigen Fragen, die Europa heute bewegen, das Wort wieder ergriffen. Das würde uns allen helfen, die Welt, in der wir **heute** leben, besser zu verstehen und Europa gemeinsam stärken. Ich würde mich sehr freuen, in diesem Jubiläumsjahr ein solches deutsch-polnisches Votum zu Europa zu hören.

Ich möchte mich bei Ihnen nochmals für Ihre Einladung und für den Beitrag, den die Evangelische Akademie zum deutsch-polnischen Dialog jahrelang geleistet hat und leistet, ganz herzlich bedanken - und wünsche Ihnen ein schönes Sommerfest.